



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

360 (5.8.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-335131](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-335131)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eingeliefert 25 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag Nr. 243 des Central-
Anzeiger-Kommers 6 Bg.

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Bg.
Aufwärtige Inserate . . . 50
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-
nahme u. Druckarbeiten) 841

Redaktion . . . 877

Expedition und Verlags-
buchhandlung . . . 218

Badische Neueste Nachrichten

Anabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben

(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus

in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 350.

Mittwoch, 5. August 1908.

(Abendblatt.)

Schippel über die Getreidepreise.

Die Sozialistischen Monatshefte veröffentlichen eine Untersuchung von Max Schippel: Dauernder Umschwung auf dem Getreidemarkt? Es ist ein echter Schippel: volkswirtschaftliche Forschung mit vielen Zahlen und knurrige Abweisung der Leute im eigenen Lager, die die Tatsachen nicht sehen wollen. Er ärgert sich über die „gewöhnliche Uebertreibung und Unverbesserlichkeit“, mit der manche Genossen bereits versicherten, wir gingen einer Teuerung entgegen, „wie sie die Welt noch nicht gesehen hat“; er ärgert sich, wenn ein „von Wissen und Erfahrung wenig begabtes Weltmarktforum“ sofort einen katastrophalen Umschwung aller seit Jahren vorherrschenden Preistendenzen sich zurechtphilosophiert; er ärgert sich über den „kleinbürgerlichen Vierkontraktalismus“, nach dessen Gesichtsauffassung die ökonomischen Junken an der ganzen Agrarwirtschaftslehre seit 1879/80 ausschließlich schuld sind und er nennt die Regierung Caprivis, die zu gleicher Zeit (1894), wo Frankreich zum 70 Franks-Boll und Italien zum 70 oder 75 Lire-Boll überging, den Getreidezoll herabsetzte, „unfähig und gegen das Ausland verräterisch nachgiebig“. Schippel seinerseits hat, wie man schon aus seinen früheren Schriften weiß, die Ansicht, daß die ökonomischen Junken eben nicht allein schuld seien an dieser Bewegung, sondern daß sie in volkswirtschaftlichen Verhältnissen begründet sei.

Die besondere Frage, die Schippel diesmal stellt, ist: ob die Periode des internationalen Preissturzes der Körnerfrüchte, die an der Wende der sechziger und achtziger Jahre einsetzte, heute wieder ihrem Ende zuneigt? Dies ist die wirtschaftliche Seite der Sache. Die politische würde sich dahin definieren lassen: ob sich, nachdem wir zu ähnlichen Weltmarktpreisen wie vor dem Scheitern der Agrarpreise zurückgekehrt sein werden, sich auch die politische Kraft der kontinentalen Agrarbewegung erschöpft hat und unsere innere und äußere Wirtschaftspolitik, sowie unsere Partei- und Regierungsverhältnisse wieder einen Umschwung erfahren werden? Schippel selbst hat seit dem Stuttgarter sozialdemokratischen Parteitag von 1898 stets die Anschauung vertreten, daß der politische Umschwung dem wirtschaftlichen folge, aber er ist, wie er uns in seinem neuen Artikel mitteilt, nicht der Ansicht, daß die wirtschaftliche Voraussetzung schon vollkommen eingetreten ist. Er legt dar: Die Getreidepreise sind allerdings seit geraumer Zeit emporgeschnellt und haben sich auf der neu erzielten Höhe gehalten. Die Reichsstatistik verzeichnet Weizen in Berlin (1000 Kilogramm gut, mindestens 755 Gramm den Liter) im Jahresdurchschnitt von 1901 mit 163,6 M., 1902 mit 163,1 M., 1903 mit 161,1 M., 1904 mit 174,4 M., 1905 mit 174,8 M. und 1906 mit 179,6 M. Der Preis steigt dann bis Oktober 1907 auf 268,36 M. Seit dem Beginn des Jahres 1908 haben wir ein unruhiges Auf und Ab, doch liegt Ende Juli Septemberweizen ungefähr auf der Höhe des Dezemberdurchschnitts von 1907, der 218,41 M. betrug. Der Roggen machte im Jahresdurchschnitt von 1901 bis 1907 eine Aufwärtsbewegung von 140,7 M. zu 193,13 M. durch.

Bei diesen deutschen Ziffern fällt freilich ins Gewicht, daß sich vom 1. März 1906 ab unser Roggenzoll von 35 auf

50 M., unser Weizenzoll von 35 auf 55 M. steigerte. In Frankreich und England trat aber keine Veränderung der Zollgesetzgebung ein und auch hier ist eine große Steigerung des Preises bemerkbar; die Verteuerung betrug in Frankreich pro Tonne Weizen von 1901 bis 1907 30 M. und in England 23 Mark. Nehulich war es in Amerika. Die Preissteigerung ist also erheblich, aber Schippel scheint nicht der Ansicht zu sein, daß die Höhe durchaus unnatürlich sei und nicht noch überschritten werden könnte; die Agrarbewegung werde wahrscheinlich noch nicht so bald erlöschen. Im vornherein widerlegt er die Annahme, daß die hohen Getreidepreise sich nun zu einem ewig drückenden Joch ausgefallen müßten. Das habe man in früheren Zeiten auch prophezeit und unmittelbar darauf seien die Preise gepurzt, als ob sie eigens der Prophezei spotten wollten. Man habe jetzt höchst wahrscheinlich die hohen Getreidepreise als vorübergehend anzusehen; man tue, um sich Enttäuschungen zu ersparen, nach früheren Erfahrungen gut, keine besonderen politischen Hoffnungen auf solche Erscheinungen aufzubauen, die mit dem nächsten dauernden Sonnenschein wie Nachtgeipenster verfliegen müßten. So die Ansicht von Max Schippel, dem volkswirtschaftlichen Hegemon der Sozialdemokratie.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 5. August 1908.

Zentrum, Konservative und Reichsfinanzreform.

Zentrum und Konservative können bis jetzt immer noch so wenig zusammenkommen, als voneinander lassen. Eben erst hat die „Kreuzzeitung“ sich alle Mühe gegeben, die Vergewaltigungspolitik der bayerischen ultramontanen Kammermehrheit nach Kräften zu entschuldigen und zu rechtfertigen, da muß sie sich von der „Germania“ sagen lassen, daß das alles verlorene Nabelschnüre sei. Unter der höchsten Ueberschrift „Gif, Sammel!“ steht die „Germania“ auseinander, es stelle sich immer klarer heraus, daß die „Verbundenen“ der konservativen Blätter um das Zentrum zunächst nur den Zweck hätten, in ihm einen Retter für die Reichsfinanzreform, d. h. die neuen Steuern zu gewinnen. „Will man“ so heißt es dann, „aufrichtig eine Annäherung an das Zentrum, dann darf man sich nicht einbilden, dies letzte förmlich danach, Regierungspartei zu werden, und sei glücklich, als Retter darin zu wirken. Dann darf man ihm auch nicht sagen, es bleibe alles beim alten, das Zentrum habe nichts zu sagen, sondern sei nur gebildet, der Block regiere nach wie vor; dann muß man durch Taten beweisen, daß man es aufrichtig meint und im Interesse der Sache, nicht aus lediglich parteitaktischen Erwägungen nur eine Annäherung will. Im übrigen glauben wir, daß Zeitungsverörterungen doch die Entscheidung nicht bringen werden, sondern die praktische Arbeit bei der Reichsfinanzreform erst zeigen kann, was ist und wird.“

„Taten“, das heißt natürlich Verrat der Konservativen am Block und Ueberlaufen zu den Ultramontanen. „Praktische Arbeit bei der Reichsfinanzreform“, das heißt Verschönerung der Zustimmung zu Forderungen der absoluten Notwendigkeit

um durchaus nicht notwendige, ja höchst unbillige parteipolitische Profite. Uebrigens ist es doch eine Behauptung, die an die Geschichte von gewissen sauren Trauben erinnert, wenn die „Germania“ behauptet, das Zentrum lehne nicht nach den Ehren einer Regierungspartei. Worum hält denn Herr Badem so eifrig seine Forderung aufrecht, daß das Zentrum wieder ins Reichstagspräsidium gesetzt werden müsse, wenn es irgendwelche positive Mitarbeit bei der Finanzreform leisten sollte? Eben erst hat er das aufs neue erklärt und stark betont.

Das „Verf. Tagebl.“ meint, innerhalb des Zentrums wisse man noch immer nicht recht, ob man weiter im Schmolzwinkel sitzen bleiben oder bei der Durchführung der Reichsfinanzreform positiv mitarbeiten solle. Die Regierung habe bereits mit einigen Zentrumsführern angehandelt; man sei aber offenbar noch nicht handelseinig geworden. Zu den oben angeführten Worten der „Germania“ schreibt das freisinnige Blatt, nach diesen Äußerungen zu schließen, sei der Widerstand des Zentrums nicht mehr sehr ernst zu nehmen. Ganz und Gerede scheinen auf dem besten Wege sich wieder zu verfliegen, allerdings können wir uns ein Verhandeln des Reichskanzlers mit dem Zentrum nicht gut vorstellen. Wir wollen es abwarten. Kommen aber jedenfalls mit der Frage des Herandrängens des Zentrums an die Reichsfinanzreform des bitter gehetzten Wilton-Modus zu einem sehr interessanten Kapitel unter inneren Politik. Das Zentrum möchte schon mitmachen, in dunkeln Worten enthüllt uns Herr Rathias Erzberger seine dunkle Sehnsucht in der neuesten Nummer des „Morgen“:

„Die Sanierung der Reichsfinanzen ist eine ernste, hochwichtige und dringende Aufgabe, die das Volk in allen Teilen erfüllen muß; alle Parteien haben das größte Interesse daran, wie die Kosten verteilt werden sollen; der ganze Reichstag ist davon durchdrungen, daß mit guten Finanzen eine bessere Politik zu machen ist, als mit gerilltem. Der Regierung bleibt die Führung; der neue Reichstag hat ein gutes Zeugnis erhalten, mag es ihm gelingen, das Steuerrecht gut in den Fassen zu bringen; der Dank des Vaterlandes ist ihm dann gesichert.“

Das Zentrum möchte sich auch einen Teil des Dankes des Vaterlandes und der Regierung sichern. Die große noch nicht zu beantwortende Frage ist, wird man das Zentrum zur Sanierung der Reichsfinanzen überhaupt bedürfen? Und wäre es schon lieber, es ginge ohne die um Badem und Erzberger, obwohl die „Kreuzzeitung“ wieder einmal müde des Modus, die neuen Steuern nicht mit der „fünferlichen Blockmehrheit“, sondern mit allen Stimmen angenommen zu sehen wünscht, und weiter schreibt, auch sie müssen das Bedürfnis nach einer Art Rückversicherung bei dem riskanten Unternehmen einer Steuererhöhung haben, zumal der Freisinn die von den Konservativen angebotenen Konzeptionen bisher noch nicht nach ihrem wahren Werte zu schätzen gewußt habe und die prinzipielle Stellung des Zentrums zu den Steuerfragen nicht allzu sehr von der übrigen abweiche. Die „Kreuzztg.“ vertraut, daß in dieser kritischen Stunde keine nationale Partei versagen werde. Nein, die nationale Parteien ganz sicher nicht.

Zur Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Der 19. Verbandstag deutscher Bureaubeamten, der gegenwärtig in Berlin tagt, hat als erste Privatbeamtenorga-

Aus der Vorgeschichte der nationalliberalen Partei.

I.

In der neuen „Zeitschrift für Politik“ (Berlin, Carl Heymann) veröffentlicht der Straßburger Historiker Martin Spahn eine Studie über die Entstehung der nationalliberalen Partei. Spahn hat schon früher auf dem Gebiet der Parteigeschichte gearbeitet. Vor einem Jahre erschien von ihm in der Sammlung „Kultur und Katholizismus“ eine kleine Schrift über das deutsche Zentrum, die sich bei seinen persönlichen Verhältnissen — man ist schließlich nicht umsonst Peter Spahns Sohn und Ernst Beckers Biograph — immerhin durch eine anerkannte Objektivität auszeichnet. Schon in dieser Arbeit über das Zentrum war ein einleitender Abschnitt der Entwicklung des deutschen Parteilebens im allgemeinen und der Genesis der liberalen Gruppen im besonderen gewidmet. Was dort nur in großen Zügen angedeutet wurde, wird durch die neue Publikation an einer Stelle ergänzt. Zeitlich gibt Spahn nicht viel an die neun Monate vom Januar bis zum September 1866 läßt er an und vorüberziehen. Nur bis zu dem Zeitpunkt, wo sich von der Fortschrittspartei die neue Fraktion der nationalen Partei trennt. Aber seine Darstellung geht ins einzelne und kenntnisreich und wird so zu einer anschaulichen Schilderung der Strömungen und Strebungen, aus denen heraus die nationalliberale Partei entstand.

Im Beginn des Schicksalsjahres 1866 befindet sich die Landtagfraktion der deutschen Fortschrittspartei in einem Stadium harter innerer Bewegung. Sie ist 1861 aus der Verbindung zweier Gruppen entstanden: aus den Gesinnungsgenossen und Epigonen der Liberalen des Frankfurter Parlaments und aus den Demokraten der Berliner Nationalversammlung. Die Realisten der fünfziger Jahre hat beide Richtungen einander hart ge-

nähert; aber der unfruchtbare Konflikt treibt sie doch wieder auseinander; ihre Hauptblätter — die „Volkszeitung“ für den demokratischen Flügel und die „Nationalzeitung“ für den liberalen — reden eine grundverschiedene Sprache. Beide Richtungen schillern zudem noch jede für sich in unterschiedlichen Spielarten, und schon während der Landtagsdebatten im Januar wird es klar, daß ein ansehnlicher Bruchteil der Fraktion aus dem Konflikt herauszukommen wünscht. Vier Wochen später wird der Landtag vor der Zeit geschlossen, weil Bismarck freie Hand haben will, die deutsche Frage zu lösen. Gleichzeitig scheint der Ministerpräsident auch seine Stellung gegenüber den Liberalen zu wechseln, deren moralische Unterstützung er für die große Auseinandersetzung mit Österreich nicht missen mag. Er macht ihnen zwar keinerlei Zugeständnisse, verhandelt nicht einmal mit einem ihrer Führer, aber er läßt doch durch offizielle und konservative Reden andeuten, daß er einer Ausöhnung mit dem Nationalzeitungsflügel der Fortschrittspartei nicht abgeneigt wäre. Und das Echo, das zurückhallt, ist über Erwarten freundlich. Das „Dinweg mit Bismarck um jeden Preis“ verstummt. Die gemäßigten und längeren Elemente der Partei beginnen sich langsam in den Gedanken zu finden, daß Bismarck unter Zustimmung der Liberalen im Amt zu bleiben vermöchte. Inzwischen sucht Bismarck Verbindung mit den Ultraliberalen, den Rheinischen Reichsliberalen und den außerpreussischen Liberalen; während des April und Mai verhandelt er mit Dunder, Bernhorst, Roggenbach, Abraham Oppenheim und Bennigsen. Insbesondere Bennigsen wußte er sich in einer Unterredung vom 14. Mai davon zu überzeugen, daß seine Zukunftspläne dem Programm des Nationalvereins von 1860—1863 durchaus entsprächen; daß er nicht nur an Preußen, sondern an Deutschland dachte. Und wenn sich der Anschluß der außerpreussischen Liberalen an Bismarcks deutsche Politik auch nicht auf der Stelle vollzieht; soviel erreicht er doch, daß sie von jenem 14. Mai ab ihren preussischen Gesinnungsgenossen nicht mehr Rückhalt gewähren. Dann kommen die Wahlen. Die libe-

rale Presse und die liberalen Führer haben einmal alle Kraft aufgenommen, um die Stellung des Ministerpräsidenten zu beramen. Festiger den je verlangen sie ein liberales Ministerium. Aber unter dem Eindruck der Kriegserklärung, die am 14. Juni erfolgt ist, verläßt die Wahlbewegung zwiespältig und widersprüchlich, und bei den Wahlen, die auf den Tag von Königgrätz fallen, zeigt sich, daß die Fortschrittspartei ihre Wähler nicht mehr hinter sich hat. Sie verliert die altpreussischen Gebiete mit Ausnahme Berlins fast ganz und behauptet nur noch die westlichen Provinzen; im Landtag verfaßt sie zwar über einige Siege mehr als die Rechte, aber an der Mehrheit fehlen ihr 30 Stimmen und die Regierung vermag fortan eine Mehrheit gegen sie zu bilden. „Mit voller Ueberlegung“, schreibt Spahn, „hatten die Kerneile des preussischen Volkes ihre Stimme gegen die Partei in die Urne geworfen; sie wollten keinen Landtag, der der Regierung in der auswärtigen Politik und im Kriege Schwierigkeiten bereite, keinen Landtag, von dem sie sich allgemach fogen, daß er mit seinen Ansprüchen doch nicht durchdränge.“ Unterdeß war gewissermaßen über Nacht in dem nichtpreussischen Nord- und Mitteldeutschland eine „nationale Partei“ entstanden in ungezählten Vereinen, die sich „national und liberal“ nannten, jedoch hauptsächlich auf die Einheit den Ton legten; der Name „national-liberal“ war einige Wochen zuvor zum ersten Male in Halle, dem damaligen Mittelpunkt der Ultraliberalen, aufgetaucht, die einen Aufruf vom 1. Juni als „Komitee der nationalliberalen Partei in Halle“ unterzeichnet hatten. In diesen Kreisen begeisterte man sich für Bismarck; man trug keine Bedenken mehr mit ihm zusammenzutreten und man zürnte den preussischen Parteifreunden, daß sie zögerten und trübe dreinsahen. Nach der Eröffnung des Landtages aber mit seiner schlichten und verständlichen Ehrenrede schlug auch in Preußen die Stimmung um und immer deutlicher wurde es, wie die liberale Partei von Natur eine national-deutsche Partei war. Der Zauber Bismarcks wirkte, und in der mächtig aufwallenden patriotischen Begeisterung vor ein großer

sein. Es kann durch Erdbeben mit dem Fegeln oder mit Streichschiffen gewonnen, darf aber nicht gepreßt sein. Nachfragen und Angebote sind an die oben genannten Militärprovinzialämter — nicht an die Intendantur — zu richten. Vorräte und Lagerbestände sind zweckmäßig eine Probe von 1/2 Liter beigefügt, bei Uebernahme durch die Post als „Muster ohne Wert“.

Ein kaltes Gewitter entlud sich heute nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr über unsere Stadt. Es ging ein harter Regen nieder. Die elektrischen Entladungen waren sehr heftig.

Der Lehrergesangsverein Mannheim-Ludwigshafen in Wien. Aus der österreich. Hauptstadt geht und folgendes Telegramm zu: Aus Anlaß der Anwesenheit des Mannheimer-Ludwigshafener Lehrergesangsvereins hier hielt der Männergesangsverein Schönbühnen einen Festabend ab, zu dem in Vertretung des deutschen Vorklubs der Vorklubssekretär Graf Welzky erschienen war. Auf eine Ansprache des Wiener dankte der erste Vorstand des Mannheimer Vereins, Herr Kahus, mit herzlichen Worten. — Ein aus dem Hochschneeberg zugegangenes Privattelegramm lautet: „Der Lehrergesangsverein hatte beim gestrigen Festabend höchsten künstlerischen Erfolg. Neben drei Vertretern der größten Wiener Gesangsvereine und des Niederösterreichischen Sängerbundes waren erschienen der Legationsrat der deutschen Botschaft und Vizebürgermeister Hierhammer, welcher die Mannheimer aufs herzlichste willkommen hieß. Die Vorgesangsleistungen brachten begeisterte Berichte.“

Verein für Handlungs-Commiss von 1858, Kaufm. Verein Hamburg, Bericht Mannheim. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nächsten Donnerstag abend im „Restaurant Vergola“ eine gesellschaftliche Sitzung stattfinden. In derselben wird u. a. ein Bericht über die Abrechnung der Verwaltung und über den so glänzenden Verlauf der Hamburger Jubelfeier erstattet. Die Mitglieder werden auf diese Sitzung nochmals hingewiesen.

Schiffsunfälle. Der am 1. d. M. im Ringerloch durch Kollision verunglückte Schleppschiff „Gebr. Fendel Nr. 5“ hat nach erfolgter Dichtung der Beschädigten keine Fahrt am 2. d. M. mehr fortgesetzt. — Der mit 12000 Bannern beladene Schleppschiff „Fregat“ ist gestern früh auf der Vergründung im Anhang des Schraubenschiffes „Alfa“ in Wingen aufgesehten und hat ein Deck im Vordersteck erhalten. Bei der Weiterfahrt ist derselbe bei Reupen gesunken.

Aus dem Schöffengericht. Der Tagelöhner Martin Arnold von hier, der im „Goldenen Adler“ in der Nacht zum 28. Juli mit verschiedenen Gästen Streit bekam, ging zu dem auf dem Marktplatz patrouillierenden Schuttmann und erzählte diesem, wie hätten ihn Polizeibeamtliche geschimpft. Der Schuttmann erwiderte ihm, daß er sich nicht gefallt zu lassen, es wäre aber besser, wenn er das Wort nicht mehr besahe. Streich erwiderte er ihm, daß er gar nichts an, jetzt ginge er gerade wieder hinein, jetzt stehe er beim einen Tot. Raum war er denn, da floh er auch schon wieder heraus. Aufmerksam bekam er in seiner Trunkenheit das heulende Gekleid und schreie die ganze Nachbarschaft aus dem Schlaf auf. Der Schuttmann ermahnte ihn wiederholt zur Ruhe, als aber alles nichts half, verurteilte er ihn zur Wache G 5. Dort verblühte er im Notarzt einen derartigen Schenkel, daß er ins Amtsgerichtsgefängnis verbracht werden mußte (infolge eines Prozesses ist die Polizei gehalten, Spelakel im Notarzt zu verkleiden). Auf dem Transport zum Gefängnis machte er zwei Schenkeln unter fortwährendem Geschimpf darauf zu schaffen, daß sie ihn — einer an dem Kopf, der andere an den Füßen — trugen und unterwegs vor Müdigkeit ihre Rast von Zeit zu Zeit abstellen mußten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Haftstrafe von 14 Tagen und zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten 3 Wochen.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

1. Kammer. — 23. Sitzung.

Karlsruhe, 5. Aug.

Prinz Max eröffnet 10 Uhr vorm. die Sitzung. Am Regierungssitz Ministerpräsident Freiherr von Marschall, Generaldirektor Roth und Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht das Spezialbudget des Eisenbahnbaues für 1908/09.

Freiherr Böcklin von Böcklinsau erstattet den Kommissionsbericht. Das Eisenbahnbaubudget kann als der außerordentliche Etat der Eisenbahnverwaltung betrachtet werden. Während in ihrem ordentlichen Etat dem Eisenbahnbetrieb die fortlaufenden Mittel angefordert werden, handelt es sich hier um die einmaligen Ausgaben, die Kapitalanlagen. Eine Zusammenstellung der Zahlen der Gesamteinnahmen und der Gesamtausgaben wie des Ueberschusses lehrt, daß 1. der Prozentsatz des Wachstums der Gesamtausgaben ein höherer ist, wie bei den Einnahmen; 2. daß auch die Progression bei den Ausgaben höher ist, wie bei den Einnahmen, daß also 3. die Zunahme des Ueberschusses in der Degression erfolgt, 4. und somit wenn hierin keine Veränderung erfolgt, mit der Zeit die Ausgaben die Einnahmen erreichen und überholen müssen. Die Zahlen dieser Zahlen, sowie der Umstand, daß durch die zunehmende Bautätigkeit die Eisenbahn-

betante waren: „Christen sind gefährlich“, oder wenn sie von ihrem eigenen Sohne sprach, so sagte sie hinzu: „Ich habe ihn so lieblich durchgesehen, daß er schon noch eine Weile daran denken wird.“ Einmal wird sie auch von ihrem Grundgesetz hinsichtlich der Christen ab; in Gegenwart aller Hölle, applaudierte sie dem künftigen Regenten eine höchst treffliche Rede; es war an dem Tage, als sie Sohn eine uneheliche Tochter des großen Königs zur Gattin ernennen wollte.

— Robin und die Amerikanerin. Eine Dame von jenseits des Ozeans, die vorübergehend in Paris weilte, folgte den Entwürfen — so erzählt der „Cri de Paris“ —, ihre erhabenen Jünger der Radikals zu überführen und suchte den Künstler auf, den man ihr als den Meister der Kunst bezeichnete: Robin, natürlich. Da sie sich den Meister nicht finden konnte, beschloß sie ihre Statue in ganzer Figur, und nachgefaßt war, beschloß sie ihre Statue in ganzer Figur, und lange Stunden hindurch posierte sie, nach antikem Muster geformt, vor dem Meister mit dem weißen Bart. Nach etwa 10 feierlichen Sitzungen erklärte der Künstler, daß er nun das Modell nicht mehr brauche und daß er das Werk in Ruhe vollenden würde. Als dann die Amerikanerin aber wieder kam, um ihr Bildnis in Stein zu nehmen, sah sie zu ihrer Ueberraschung, daß der Kopf der Statue gar keine Ähnlichkeit mehr mit dem ihren hatte. Sie bemerkte laut und beklagte sich bitter über den Mangel, daß man sie gar nicht wieder erkennen konnte. „Es ist wahr“, antwortete der Meister trübsinnig. „Der Kopf hat mich gar nicht inspiriert. Aber doch! Ich danke Ihnen darauf zu setzen, wie ich es gewohnt bin; aber nachdem ich mir alles tüchtig überlegt hatte und um Sie nicht zu verärgern, habe ich an der Stelle Ihres Kopfes lieber den von Dame D. gesetzt, die ihn bei mir bestellt hatte, ohne ihn jedoch zu begreifen; übrigens haben Sie bei dieser Veränderung nur gewonnen.“

schuld und damit auch der Aufwand an Passagieren wächst, mahnen zur Vorsicht. — Die Folge eines Fehlbetrags in der Eisenbahnschuldentilgungskasse wäre Entwerfung der Verzinsung auf eine geregelte Schuldentilgung oder die Begleichung des Fehlbetrags aus Staatsmitteln, eine Dotationspolitik. Die Frage der Dotationspolitik hat schon oft die Landstände beschäftigt. Ob jedoch eine Dotation, man hat sie auch eine „Verkehrssteuer“ genannt, in größerem Umfang vom Lande gebilligt würde, ist mindestens in jenen Gegenden zweifelhaft, welche abseits des Bahnnetzes liegen, also insbesondere in ländlichen Bezirken im Gegensatz zu den industriell-städtischen.

Das vorliegende Budget bringt Anforderungen für die Vorarbeiten zum Bau von sechs neuen Linien. Nach dem Gesetzentwurf, die Vervollständigung des Staatsbahnnetzes betr., sind die Interessenten zur unentgeltlichen Stellung des nötigen Geländes, teilweise aber auch zu Vorbeiträgen beigegeben worden. Die Kommission hat dieses Vorgehen gut geheißen, sie ist der Ansicht, daß wenn neue Landesteile der Vorteile des Eisenbahnverkehrs teilhaftig werden, die unentgeltliche Stellung von Gelände im allgemeinen gerechtfertigt, und wenn es sich um besonders wohlhabende Gegenden handle, auch ein Beitrag zu den Baukosten billig ist. In der zweiten Kammer haben Erörterungen darüber stattgefunden, ob das Prinzip der Staatsbahnen für die Zukunft allein beizubehalten sei. Die Kommission glaubt ebenfalls an den Staatsbahnen festhalten zu sollen, sie empfiehlt jedoch, Privatunternehmungen bei Bahnen von lokalem Charakter nicht grundsätzlich auszuschließen. Zu einer grundsätzlichen Veränderung des seit einem Jahrzehnt eingehaltenen Verfahrens scheint keine Veranlassung vorzuliegen. Ist wird unsern Vorgehen im Eisenbahnbaue der Vorwurf gemacht, daß allzu fiskalische Gesichtspunkte dafür maßgebend seien. Die Tatsachen haben erwiesen, daß die eingehaltenen Prinzipien durchaus gesunde sind. Von dem rein fiskalischen Standpunkt der Erwirtschaftung eines hohen Reinertrags sind wir weit entfernt. Der Ertrag der rentablen Teile unserer Eisenbahnen wird vielmehr bemittelt, um den Eisenbahnbau und Betrieb in solchen Landesteilen zu ermöglichen, die einen ausreichenden Ertrag und eine Vergütung vorerst zwar nicht versprechen, mit der Zeit jedoch durch den Anschluß an das allgemeine Bahnnetz, einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben werden. Seine Grenze muß dieses Vorgehen in der Rücksicht auf den allgemeinen Staatshaushalt finden. Diesen bewährten Mittelweg auch fernerhin beizubehalten, empfiehlt die Kommission. Auch im vorliegenden Budget wird von der Kommission der Umstand, daß der größte Teil des Budgetpostens für die Bahnhöfebau der Hauptstationen in Anspruch genommen ist, unangenehm empfunden. Der Gesamtbetrag, der für die größeren Stationen in letzter Zeit verwendet wurde und noch verwendet werden soll, beträgt 215 Millionen Mark. Die Kommission erkennt an, daß die meisten der vorgesehenen Einrichtungen dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit und Betriebssicherheit der Bahnen zu erhöhen, sie möchte es sich jedoch nicht verlagern, auch diesmal wieder der Grob. Regierung eindringlich anzurufen, wenn irgend möglich auch jetzt noch Ersparnisse eintreten zu lassen. Zu bedenken sei auch, daß Neuerungen, wie die Einführung des elektrischen Betriebs auf unseren Bahnen und die Schiffarmachung des Oberbaus, mit ihren unübersehbaren und unvorherzusehenden Fortschritten der Technik zu einer völligen Entwertung vorhandener Anlagen und zu neuen Kapitalaufwendungen führen können.

Die Kommission hat vor zwei Jahren den Zusammenhang zwischen dem Anwachsen der Projekte und dem Einstellen von Budgetforderungen, denen der Fortgang nicht folgen konnte, nachgewiesen und hat deshalb auch auf das neue Verfahren der Behandlung der Restprojekte und der Fortgangsnachweisungen gedrungen. Das beste Mittel, um das Anwachsen der Projekte und den damit verbundenen unangenehmen Ueberschüssen zu steuern ist die rechtzeitige Vorlage von ausführlichen Plänen und detaillierten Kostenanschlägen. Diese lassen nicht nur erkennen, daß das Projekt gründlich durchgearbeitet und erwogen ist, sondern sie ermöglichen auch bei späteren einmaligen Verhandlungen den Landständen einen Vergleich mit dem Ursprungsprojekt und damit ein Urteil, ob sie die Vergrößerung für unbedingt nötig halten oder nicht. Keine Position sollte in das Budget eingestellt werden und aller keine neue Bahn ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, wo Plan und Kostenanschlag nicht bis ins Einzelne durchgearbeitet sind. Als Kostenanschlag kann die Kommission die ganz summarischen Voranschläge, wie sie ihr bei manchen Positionen vorgelegt wurden, nicht anerkennen. Sie würde dieses Vorgehen billigen bei Plänen von durchaus gleicher Ausführung, wie z. B. einfache Dienstwohnungen oder Wohnortsbauwerke. Die zweite Kammer hat die Erwartung ausgesprochen, daß in Zukunft die Finanzverwaltung des Ministeriums-Kreditbureau vollständig vermindert werden sollte. Dem kann die Kommission nur beipflichten; aber auch sie erkennt an, daß bei einer Verwallung wie die unserer Staatsbahnen unvorhergesehene Fälle eintreten können, in denen sie ohne Schaden den vom Etatgesetz vorgesehenen Weg der Administrativrechte nicht vermeiden kann. Auf die Anregungen, die die 1. Kammer auf dem letzten Landtag gegeben hat, ist die Grob. Regierung eingegangen. Sie hat die sogenannten Sammelpositionen aufgelöst und dadurch im Budget eine größere Uebersichtlichkeit geschaffen. Die Kommission stellt schließlich den Antrag das Budget zu genehmigen.

Minister Freiherr von Marschall: Wenn auch gegenwärtig eine kleine Depression eingetreten ist, müssen wir uns der Hoffnung hingeben, daß der Verkehr noch weiter wächst. Und da gilt es nicht nur, den Verkehr zu bewältigen, sondern ihn auch wirtschaftlich zu bewältigen. Auch mir ist die Errichtung neuer Bahnhöfebau in den großen Städten der springende Punkt der Sorge. Gewiß wird heute der Verkehr auch auf den letzten Bahnhöfen bewältigt, aber man frage sich nur nicht wie, heute müssen wir z. B. in Basel die Güter zusammenstellen wie die Wogen kommen; die Umlagefähigkeit unserer Güterwagen wird durch die alten Bahnhöfebau erheblich vermindert.

Wenn ich auch an eine weitere Steigerung des Verkehrs glaube, so wird es doch nicht nötig sein, weitere Güter zu erstellen, oder eben nur wegen der richtigen Anlage neuer Verkehrswege. Die Errichtung weiterer Güter auf der ganzen Strecke würde weit mehr kosten, als einer der neuen Verkehrswege. Wenn in den letzten Jahren große Ueberschreitungen der Kosten voranschläge bei den großen Projekten vorkamen, so war das zurechenbar auf die große Steigerung der Materialkosten und der Arbeitslöhne. Selbstverständlich bin ich auch der Meinung, daß die Regierung nur mit angereichten Projekten an den Landtag herantritt; Veränderungen der Projekte werden aber wohl nie zu umgehen sein. Unser Eisenbahnnetz ist jetzt so dicht, daß wohl schon das ganze Land mit wenigen Ausnahmen an den Bahnhöfen des Eisenbahnverkehrs teilnimmt. Und wenn die noch projektierten

Bahnen ausgebaut sind, so wird es überhaupt keine Gegend mehr geben, die nicht an den Bahnhöfen der Eisenbahnen partizipiert.

Der bürgermeister Dr. Winterer: Ich freue mich, daß heute der Eisenbahnminister, der früher auch bürgermeister der Stadt Mannheim war, wieder in der Stadt ist. Der Eisenbahnminister ist ein Mann, der die Eisenbahnen in der Hand hat, so ist die Eisenbahn kein gewöhnliches und erwerbliches Unternehmen mehr, sondern ein wirtschaftliches und kulturelles. Staat und Gemeinde haben nur für den Gemeinnutzen zu arbeiten. Finanzminister Wüstner hat vor vielen Jahren denselben Satz ausgesprochen wie heute der Eisenbahnminister, daß unser Eisenbahnnetz als ausgebaut zu betrachten ist. Trotzdem sind noch Hunderte von Millionen verbaut worden, und das wird wohl auch noch fernerhin so weitergehen. Es ist wieder einmal der weltanschauliche Gegensatz zwischen Optimismus und Pessimismus erörtert worden. Ich bin ein Verfechter der Lehre, daß ein vernünftiger Optimismus die Welt vorwärts bringt. Wenn es auch noch eines Beispiels hierfür bedarf, so hat gestern ein solches Graf Geyssler in den Äußerungen gegeben. Dieser Mann hat nicht auf die Warnungen und Theorien der gelehrten Leute gehört, sondern hat sich allein in echtem Optimismus vertraut. Man hat wieder auf die hohen Kosten der Bahnhöfebau in den großen Städten hingewiesen; warum stellt man aber keinen Antrag auf Abstriche? Diese Bahnhöfebau liegen sowohl im Interesse der Städte als aber auch des Landes. Redner begrüßt die Einführung des elektrischen Betriebs auf den Eisenbahnen, der ja schon längst freilich ohne Erfolg bisher von den Städten empfohlen worden sei, und bringt mehrere Spezialwünsche vor.

Hochschulrath Dr. Meier spricht die Bahnhöfebauverhältnisse in Freiburg-Büchse.

Freiherr von La Roche spricht zur Wienhaltung der Bahnhöfebau.

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters wird die Generaldebatte geschlossen.

In der Spezialdebatte macht der Berichterstatter Freiherr von Böcklin auf das Anwachsen des Gesamtaufwandes für die neue Bahn Weisenbach-Bandengrenze aufmerksam.

Die Vorräte 3-9 (neue Bahnen) werden zurückgestellt, bis der einschlägige Gesetzentwurf zur Beratung gelangt.

Freiherr von Böcklin macht kurze Bemerkungen zu 3 10: Bahn Löffel-St. Mägen. Für Vornahme von Vorarbeiten 20000 Mark. Die Kommission beantragt 1) die eingestellte Fortsetzung von 20000 Mark zu genehmigen; 2) dabei den Wunsch auszudrücken, daß auch die Kurinteressen von St. Mägen möglichst berücksichtigt werden; 3) die zu der Position eingelaufenen Petitionen für erledigt zu erklären.

Minister Freiherr von Marschall: Die Regierung wird vor allem auf die Interessen des Kurorts St. Mägen Rücksicht nehmen. Wenn es möglich wäre, die Bahn elektrisch zu betreiben, so würde gerade den Besorgnissen St. Mägens die Spitze abgebrochen werden. Bei einer direkten Verbindung Freiburg mit St. Mägen und dem Riesental würden lange Tunnel nötig sein. Die Regierung muß vor allem auch auf den Kostenpunkt bedacht sein. Bei der Aussicht auf den Aufschwung und auf den elektrischen Betrieb der Bahnen sollte man vorsichtig bei der Anlage von Tunneln sein.

Freiherr von Böcklin berichtet in Paragr. 15: Verlegung der Hölentalbahn bei Freiburg, 2. Teilforderung 100000 Mark. Hierzu liegt eine Petition des Stadtrats Freiburg-Büchse vor, daß der Güterbahnhof Büchse nicht aufgelassen werde. Die Kommission beantragt Ueberweisung dieser Petition zur Kenntnisnahme im dem Sinne, daß ein beschränkter Güterverkehr auf dem Bahnhof Büchse zugelassen wird.

Hochschulrath Dr. Meier unterstützt die Petition des Stadtrats Freiburg-Büchse.

Minister Freiherr von Marschall: Der Handelskommissioner Freiburg ist bei Erstellung des neuen Güterbahnhofes genügend Gelegenheit zur Aeußerung von Wünschen gegeben worden. Die großen Anlagen für den Freiburger Güterbahnhof sind gerade darauf zurückzuführen, daß allseits diesen Wünschen nachgegeben worden ist. Es ist ein Fehler gewesen, nicht lediglich bei der Errichtung des neuen Güterbahnhofes den Güterverkehr in Büchse einzustellen. Wenn Mannheim nur einen Zentralgüterbahnhof hat, dann kann Freiburg nicht zwei große Güterbahnhöfe verlangen. Im Interesse Freiburg müssen wir auch hinhalten, daß der Stadteil Büchse industrialisiert wird. Der richtige Platz zur Ansiedlung von Industrie ist der neue Güterbahnhof. Wenn es nötig sein würde, bei Uittenweier eine Güterstation zu errichten, so würde die Regierung nicht abgeneigt sein. Vorerst liegt kein Bedürfnis vor. Freiburg muß vor allem der Charakter der Fremdenstadt gewahrt werden; das würde aber nicht möglich sein bei Errichtung eines Güterbahnhofes in Büchse.

Freiherr v. Böcklin dankt bei Paragr. 17: Wiesenbachbahn, Einführung des elektrischen Betriebs 1. Rate der Regierung, daß auch die Grob. Regierung namentlich zum elektrischen Betrieb übergeht. Der elektrische Betrieb ist für unsere Bahnen wie geschaffen; er ist gerade für die Nebenbahnen sehr geeignet. Die Kosten spielen hierbei keine Rolle; diese werden in späterer Zeit eingeholt werden.

Freiherr v. Böcklin erklärt bei Paragr. 23: Befestigung der schienenbahnen Landstreckenübergänge beim Niederbühl bei in Maltatt 1. Rate, daß diese Forderung sowohl für eine Ueber- wie für eine Unterführung genehmigt werden soll.

Minister Freiherr v. Marschall erklärt, daß die Regierung eine Unterführung nicht erstellen kann, da die zweite Kammer die Position aber nur für den Fall einer Unterführung genehmigt habe, so kann die Regierung vorerst von dieser Position keinen Gebrauch machen.

Freiherr v. Böcklin erklärt bei Paragr. 31: Mannheim, Erweiterung der Bahnhöfebauanlagen usw. im Personenbahnhof zu der Petition der Vorstände der Gemeinnützigen Vereine Schweiningerstadt und Lindenhof-Stadteiles um Errichtung eines zweiten Fußgängersteiges, daß die Kommission den von der Regierung im Jahre 1906 eingegebenen Standpunkt als durchaus berechtigt anerkennt, und daß sie deshalb die Ueberweisung der Petition in diesem Sinne zur Kenntnisnahme empfiehlt.

Überbürgermeister Siegrist spricht in Paragr. 64: Karlsruhe, Verlegung des Personenbahnhofes 5. Rate. 6. Mill. Mark. Die Stadt Karlsruhe wird für Verlegung der Straßen usw. 6 Mill. Mark aufzubringen haben. Die Verlegung des Bahnhofes könnte deshalb sehr wohl als ein Danckergeheim bezeichnet werden. Große Sorge bereiten die schienenbahnen Uebergänge. Von Mannheim bis Pforz werden 23 Niveau-Übergänge nötig fallen. Es liegt auch im Interesse der Eisenbahnverwaltung, daß ein solcher Zustand nicht wieder geschaffen wird.

Generaldirektor Roth erklärt, den Wünschen der Karlsruher nach Möglichkeit nachkommen zu wollen.

Freiherr v. Böcklin berichtet in Paragr. 47: Densbach, Neues Aufnahmegebäude usw. und beantragt Genehmigung der Position und Uebertragung zur Tagesordnung über die hier-

